

GROSSER RAT

GR.22.247

VORSTOSS

Motion der Fraktionen SP (Sprecherin Lelia Hunziker, Aarau), Grüne und FDP vom 6. September 2022 betreffend Massnahmen, um den Auswirkungen der steigenden Energiepreise und der Teuerung auf die Bevölkerung und die Wirtschaft entgegenzuwirken

Text:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat Massnahmen zu unterbreiten, um den Auswirkungen der steigenden Energiepreise und der Teuerung auf die Bevölkerung und die Wirtschaft entgegenzuwirken. Unter Einbezug von Experten und Expertinnen soll in einem Bericht aufgezeigt werden, welche Bevölkerungsschichten und KMU die Zusatzlasten nicht selbständig tragen können und welches Mass an Unterstützung erforderlich ist. Darauf aufbauend soll ein Massnahmenpaket entwickelt werden, welches Rücksicht nimmt auf stark betroffene Bevölkerungsschichten und gefährdete Betriebe.

Begründung:

Im Juni und Juli 2022 erreichte die Teuerung mit 3,4 Prozent den höchsten Wert seit 1993 (jeweils zum Vorjahresmonat). Die Teuerungsprognosen für das Jahr 2022 liegen aktuell bei mindestens 3 Prozent. Im Warenkorb der Teuerungsberechnungen nicht enthalten sind die steigenden Krankenkassenprämien. Im Kanton Aargau muss hier mit Erhöhungen von rund 4–5 Prozent gerechnet werden. Die sinkende Kaufkraft stellt somit für die breite Bevölkerung eine Herausforderung dar, und die Situation wird sich voraussichtlich noch verschärfen – gerade für Menschen unter oder nahe der Armutsgrenze und Familien der Mittelschicht wird dies kaum tragbar sein.

Im Kanton Aargau steigen die Strom- und Energiekosten je nach Bezugs- und Wohnort um mehrere hundert Prozent. Laut Medien müssen Kundinnen und Kunden der StWZ Energie aus Zofingen mit einer um 42 Prozent höheren Stromrechnung rechnen, in Oberlunkhofen werden die Stromkosten voraussichtlich um gar 250 Prozent steigen. Für einen 4-Personen Haushalt bedeutet dies eine Erhöhung der Strom- und Energiekosten im hohen dreistelligen oder auch vierstelligen Bereich. Derartige Mehrkosten können das Familienbudget schnell zu Fall bringen. Für gewisse Betriebe, deren Produktion stark energiegebunden sind, steigen die Produktionskosten auf einen Schlag immens.

Der Regierungsrat muss reagieren. In vielen anderen Kantonen wurden durch das Parlament bereits entsprechende Vorstösse mit konkreten Massnahmen überwiesen. Im Wallis soll die Bevölkerung durch Steuererleichterungen unterstützt werden, in Bern mittels ÖV Gutscheinen, in Zürich mittels Energiegutscheinen und Massnahmen für soziale Härtefälle sowie einem Armutsmonitoring. Auch der Kanton Aargau muss handeln.

Anstelle einzelner Vorstösse zur Forderung expliziter Massnahmen wird der Regierungsrat mit vorliegender dringlicher Motion beauftragt, ein Massnahmenpaket zu entwickeln und dem Grossen Rat zu unterbreiten. Der Analysebericht stellt dabei einen Projektschritt dar, das Massnahmenpaket das Ziel. Im Bericht sollen verschiedene Zielgruppen definiert werden, um das Mass der dringlich nötigen

Entlastung zu bestimmen. Darauf aufbauend sollen zielgruppenspezifische Massnahmen entwickelt werden, welche in der Summe die entsprechenden Zielgruppen genügend und wirksam entlastet.

Die Dringlichkeit ergibt sich insbesondere aufgrund der sich rasant verändernden Umstände. Es besteht das Risiko, dass einzelne Bevölkerungsschichten innert kürzester Zeit in die Armut abrutschen. Bereits eine einzige erhöhte Stromrechnung kann bei knappem Budget dieses aus dem Gleichgewicht bringen – es drohen z. B. Betreibungen.

Im Rahmen der Corona-Pandemie hat der Kanton bewiesen, dass schnelles Handeln möglich und wirksam ist.

Antrag auf Dringlichkeit am 6. September 2022 abgelehnt.